

Absender:

**AfD-Fraktion im Rat der Stadt
Dr. Müller, Hans E.**

17-05511

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Schmerzzentrum wieder in Betrieb nehmen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

04.10.2017

Beratungsfolge:

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

01.11.2017

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

07.11.2017

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Braunschweig möge die Schließung des Schmerzzentrums Salzdahlumer Straße rückgängig machen und derart auf die KV einwirken, den Ärzten im Schmerzzentrum Ermächtigungen zu erteilen.

Dazu muss die Stadt Braunschweig allerdings die Mittel zur Einstellung von Ärzten bereit stellen, die Schmerztherapeuten werden wollen.

Auch an eine entsprechende Fach-Ausbildung ist zu denken, die wiederum Pilot-Charakter in ganz Deutschland haben kann.

Sachverhalt:

Die KV, die eine reine Interessenvertretung der niedergelassenen Ärzte ist und angestellte Ärzte nur ermächtigt, an der Versorgung der Kassenpatienten teilzunehmen, wenn die Kapazität der niedergelassenen Ärzte nicht ausreicht, hat die Ermächtigung beendet.

Der zu kritisierende Sachverhalt stellt sich folgendermaßen dar:

Es gibt keine entsprechende Facharzt-Ausbildung. Das Problem der Schmerztherapie bzw. der spezialisierten Ärzte ist das Fehlen als anerkanntes Fach. Es gibt keine Ärzte für Schmerztherapie, wie es Ärzte für Augen, Ohren und Sonstiges gibt.

Deshalb kann sich umgekehrt jeder approbierte Arzt als Schmerztherapeut ausgeben und wenn ihn die KV fragt, das auch bejahren.

Nun kennt die TKK in Zusammenarbeit mit dem Kieler Klinikum einerseits in ganz Deutschland nur 400 Schmerztherapeuten, aber keinen in Braunschweig, andererseits findet man 16 Braunschweiger Schmerztherapeuten, wovon 8 von ihren Patienten „benotet“ wurden. Zwei Allgemeinmediziner bekamen die Noten 1,2 und 1,2. - Zwei Anästhesiologen bekamen 1,0 bzw. 1,9. - Ein Neurochirurg 2,2 und drei Orthopäden 2,7, 2,9 und 5,6. Daraus folgt: Gut die Hälfte ist gut, der Rest ist eher in der subjektiven Patientenwahrnehmung, derer, die betroffen waren oder sind, schlecht bewertet worden und daraus wiederum folgt, dass die Stadt die Schließung des Schmerzzentrums zu leichtfertig hingenommen und die zu Recht eingeforderte Qualität seitens der Betroffenen aus den Augen verloren hat.

Wenn die – aus Patientensicht – unsinnige Schließung nicht zurückgenommen wird, entsteht in der Stadt und der Bevölkerung der Eindruck, dass die entsprechend eingesparten Gelder seitens der Stadt nicht nur gerne in Anspruch genommen (und andernorts verteilt) werden, sondern auch kein Interesse an der effektiven Behandlung der Schmerzpatienten besteht. Darüber hinaus lässt man sich die Chance entgehen, als Pionier-Ausbilder in diesem Bereich bundesweite Maßstäbe zu setzen.

Man könnte den Eindruck bekommen, dass die KV die Behandlung der bisher im Klinikum schmerzbehandelten Patienten ihren Niedergelassenen zuschanzte - ohne sie umfänglich sachgerecht therapieren zu können und damit mit ihren Schmerzen allein lässt und zugleich die Stadt keinen weiteren Einwand gegenüber der KV erhebt, weil es zu Kosteneinsparungen zu ihren Gunsten kommt.

Anlagen: keine